



LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/3479
VORLAGE

Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Vorsitzender des
Ausschusses Digitalisierung, digitale Infrastruk-
tur und Medien
Herrn Alexander Fuhr, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

DER MINISTER

Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2452
Mail: poststelle@mastd.rlp.de
www.mastd.rlp.de

7. März 2023

Mein Aktenzeichen PuK	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail Timo Philippi Timo.Philippi@mastd.rlp.de	Telefon / Fax 06131 16-5049
---------------------------------	--------------------------	--	---------------------------------------

15. Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, digitale Infrastruktur und Me- dien am 9. Februar 2023

hier: TOP 1

**Digitale Souveränität in Rheinland-Pfalz sicherstellen
Antrag der Fraktion der CDU, Vorlage 18/3081**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Fuhr,

in der 15. Sitzung des Ausschusses für Ausschusses für Digitalisierung, digitale Infra-
struktur und Medien am 9. Februar 2023 hat die Landesregierung anlässlich der Erör-
terung des oben genannten Tagesordnungspunktes zugesagt, den Mitgliedern des
Ausschusses ihren Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen. Eine entsprechende Aus-
fertigung ist als Anlage beigefügt.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Schweitzer



Aktenzeichen

Mainz, den 30. Januar 2023

Bearbeiter: Jan Potthoff

☎ 06131 16-3491

Sprechvermerk

15. Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, digitale Infrastruktur und Medien am 9. Februar 2023

hier: TOP 1

**Digitale Souveränität in Rheinland-Pfalz sicherstellen
Antrag der Fraktion der CDU, Vorlage 18/3081**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Fuhr,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

die letzten Jahre haben gezeigt, dass viele Unternehmen ihre Software für die Nutzung in der Cloud optimieren oder gänzlich dafür entwickeln - sogenannte Cloud-nativ-Anwendungen. Im Allgemeinen ist im Bereich Cloud Computing für die öffentliche Verwaltung viel Bewegung. Neue Geschäftsmodelle richten sich immer mehr darauf aus. Cloud-Lösungen beziehungsweise deren Nutzung bergen jedoch auch Risiken für die Nutzenden. Beispielsweise können Informationen und Daten die Netze der Verwaltungen verlassen. Datenschutz und Informationssicherheit erreichen hier eine neue Dimension und werfen viele Fragen auf. Es geht um die Sicherung und die Stärkung der digitalen Souveränität und nicht zuletzt um das Auflösen von Abhängigkeiten. In der Studie zum Thema „Digitale Souveränität“ der Kompetenzstelle Öffentliche IT wird der Begriff „digitale Souveränität“ definiert als „die Fähigkeiten und Möglichkeiten von Individuen und Institutionen, ihre Rolle beziehungsweise ihre Rollen in der digitalen Welt selbstständig, selbstbestimmt und sicher ausüben zu können“.

Da dieses Ziel von großer Bedeutung ist, haben der Bund und die Länder beschlossen, sich zu diesem Thema eng abzustimmen. Durch eine gemeinsame Positionierung der deutschen öffentlichen Verwaltung sollte es möglich sein, nationale Anforderungen nachhaltig an Hersteller heranzutragen.



Wir sprechen bei der öffentlichen Verwaltung in Deutschland immerhin von rund 5 Millionen potenziellen Nutzern. Damit soll der Einfluss auf weitere technische Entwicklungen möglich werden, so dass eine rechtskonforme Nutzung entsprechender Cloud-Lösungen in der öffentlichen Verwaltung gewährleistet werden kann.

Um die Digitale Souveränität der Öffentlichen Verwaltung gemeinsam zu wahren und kontinuierlich zu stärken, wurde durch den IT-Planungsrat die Arbeitsgruppe „Cloud Computing und Digitale Souveränität“ (kurz: AG Cloud) eingerichtet.

Diese Arbeitsgruppe ist verantwortlich für die Steuerung der föderalen Themen bezüglich „Cloud-Computing und Digitaler Souveränität“ und erstellt Beschlussempfehlungen für den IT-Planungsrat. Die Arbeitsgruppe besteht aus Vertretern des Bundes, der Länder, den kommunalen Spitzenverbänden und der Datenschutzkonferenz. Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung vertritt das Land Rheinland-Pfalz in dieser Arbeitsgruppe.

Die AG Cloud ist darüber hinaus in drei Unterarbeitsgruppen untergliedert. Diese sind für die fachliche Ausarbeitung der Themen verantwortlich. Dies sind die UAG „Technik und Betrieb“ in der für Rheinland-Pfalz der Landesbetrieb Daten und Information vertreten ist, die UAG „Beschaffung“ und die UAG „Kommunikation“.

Durch die AG Cloud wurde die „Strategie zur Stärkung der Digitalen Souveränität für die IT der Öffentlichen Verwaltung“ erarbeitet und durch den IT-Planungsrat beschlossen. Mit dem Beschluss hat die Arbeitsgruppe den Auftrag erhalten, die in der Strategie aufgeführten Maßnahmen umzusetzen und zu koordinieren.

In der Strategie sind insgesamt acht Lösungsansätze formuliert. Einer dieser Lösungsansätze ist die kooperative Mitgestaltung von IT-Lösungen. In diesem Kontext war es ein Ziel, eine zentrale Open Source Plattform für die öffentliche Verwaltung aufzubauen.

Die Umsetzung einer solchen Plattform erfolgte im Rahmen des Projekt Open CoDE.



Die Durchführung des Projektes erfolgt durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat, das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie Nordrhein-Westfalen, das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg sowie die baden-württembergische IT-Dienstleisterin Komm.ONE. Die Unterarbeitsgruppen „Technik und Betrieb“ sowie „Kommunikation“ der AG Cloud sind im Projekt fortlaufend eng eingebunden.

Die Open Source Plattform bietet die Möglichkeit, Quellcode mit anderen Softwareentwicklern zu teilen und gemeinsam weiterzuentwickeln. Alle dort eingestellten Softwarelösungen sind über ein zentrales Verzeichnis auffindbar. Zudem können weitere Informationen zur Softwarelösung, wie Reifegrad, Lizenzinformationen und Dokumentationen, in dem Verzeichnis nachgeschlagen werden.

Nach einer erfolgreichen Pilotphase wurde die Open Source Plattform im Juni 2022 in Betrieb genommen. Seitdem steigt die Zahl der Aktivitäten stark an.

Rheinland-Pfalz hat in der Pilotphase die Plattform mit evaluiert und stellt auch aktuell Anwendungen aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz über diese Plattform zur Verfügung. Auch das Projekt „Souveräner Arbeitsplatz“ soll auf der Plattform veröffentlicht und in Zukunft auch der Quellcode dort zur Verfügung gestellt werden.

Die „Strategie zur Stärkung der Digitalen Souveränität für die IT der Öffentlichen Verwaltung“ fußt auf drei gemeinsam beschlossenen strategischen Zielen. Dazu gehören die Wechsellmöglichkeit, die Gestaltungsfähigkeit und die Einflussmöglichkeit auf IT-Anbieter. Zum einen ist es damit das Ziel, detaillierte Verhandlungen mit bestehenden IT -Anbietern führen zu können, andererseits sollen aber auch alternative, insbesondere Open Source-basierte IT-Lösungen identifiziert und entwickelt werden.

Ein konkretes Ziel ist es, mit dem Souveränen Arbeitsplatz für die öffentliche Verwaltung eine auf Open Source Lösungen basierende Alternative zu bisher eingesetzten Softwarelösungen zu schaffen. Um bisherige Aktivitäten der Länder in diesem Bereich zu bündeln, wurde eine gemeinsame Absichtserklärung verfasst, die auch Rheinland-Pfalz gezeichnet hat. Rheinland-Pfalz wird sich hier zu den Themen „Gemeinsame Nutzung von Dateien“, „Lernmanagementsystem“ und „Video- und Telefonkonferenzen“ einbringen. Darüber hinaus wird Rheinland-Pfalz an der Erprobung der Lösung teilnehmen.



Grundlage des Vorhabens bilden die bisherigen Ergebnisse aus dem Projekt "Phoenix" von Dataport. Mit der im Projekt entwickelten dPhoenixSuite wurde ein cloudbasierter Web-Arbeitsplatz für den öffentlichen Sektor auf der Basis von Open Source Lösungen entwickelt. Die Lösung bietet bereits erste Funktionsansätze zum Mailen, gemeinsam Dokumente bearbeiten, Chatten und Videotelefonieren. Weitere Funktionen sollen folgen. Zudem sollen weitere Anforderungen aus dem Projekt „Souveräner Arbeitsplatz“ mit einfließen.

Die weitere Entwicklung in diesem Projekt - insbesondere die Erfüllung ausreichend abgesicherter Anwendungsmöglichkeiten - bleibt abzuwarten.